



Staatskanzlei
Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Staatssekretariat für Migration
chantal.perriard@sem.admin.ch

Basel, 3. Februar 2016

Regierungsratsbeschluss vom 2. Februar 2016

Vernehmlassung zur Übernahme der Verordnung (EU) Nr. 515/2014 zur Schaffung des Fonds für die innere Sicherheit (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes): Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 10. November 2015 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Übernahme der Verordnung (EU) Nr. 515/2014 zur Schaffung des Fonds für die innere Sicherheit (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes) zukommen lassen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt nimmt zur Kenntnis, dass der Fonds für die innere Sicherheit das Nachfolgeinstrument des Aussengrenzenfonds darstellt, zu dem er sich im Rahmen der damaligen Vernehmlassung mit Schreiben vom 9. Dezember 2009 positiv geäussert hat. Der Regierungsrat verzichtet auf eine einlässliche Vernehmlassungsantwort zur Übernahme der Verordnung (EU) Nr. 515/2014, begrüsst jedoch die Weiterführung des eingeschlagenen Wegs und unterstützt die Beteiligung der Schweiz an diesem neuen Fonds.

Mit freundlichen Grüssen
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Dr. Guy Morin
Präsident

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin